

Rationale Klimapolitik geht anders

Nationale Alleingänge bringen nichts für das Klima. Sie verschwenden viel Geld. Dennoch will Berlin voranpreschen mit neuen CO₂-Zielen. Ein anderer Weg ist nötig: Mit mehr Investitionen in die Forschung.

Von Joachim Weimann

Offiziell gibt es ihn noch gar nicht, den „Klimaschutzplan 2050“ der Bundesregierung. Aber der Inhalt des Entwurfs, den das Bundesumweltministerium erarbeitet hat, ist schon länger ein offenes Geheimnis. Im Prinzip steht genau das in diesem Plan, was man nach dem Pariser Klimagipfel erwarten konnte: die Fortschreibung und Verschärfung einer rein nationalen Klimapolitik. Das ist der Weg, den man in Paris beschlossen hat. Jeder macht „seins“. Jedes Land stellt seinen eigenen Klimaschutzplan auf und verfolgt ihn dann eigenständig – oder auch nicht, das wird man sehen. Kluge Klimapolitik ist das nicht.

Es ist kein Zufall, dass weltweit praktisch alle Ökonomen fordern, dass wir einen international einheitlichen Preis für CO₂-Emissionen brauchen, wenn wir den Kampf um das Klima gewinnen wollen. Der Grund für diese Forderung ist, dass nur dann, wenn CO₂-Emissionen überall mit dem gleichen Preis versehen werden, gesichert werden kann, dass die Vermeidung dieser Emissionen dort stattfindet, wo es am kostengünstigsten möglich ist. Erfolgreicher Klimaschutz setzt Kosteneffizienz voraus. Wir können es uns als Weltgemeinschaft nicht leisten, dass wir Instrumente einsetzen, die CO₂-Vermeidung teurer machen, als sie sein müsste.

Vermeidungsaktivität muss immer dort hin verlagert werden, wo die Kosten am geringsten sind. Und es bestehen die größten Kostendifferenzen zwischen den Ländern. Sie gilt es im Zuge einer internationalen Klimapolitik auszunutzen. Der Emissionshandel ist ein geeignetes Instrument, mit dem man die Frage der Lastenverteilung von der Allokation der Vermeidungsanstrengungen trennen kann. Davon war in Paris nur leider nicht die Rede.

Der Verzicht auf das Ausnutzen internationaler Kostenunterschiede wird uns sehr teuer zu stehen kommen. Der CO₂-Preis, der notwendig ist, um das Klimaziel von zwei Grad zu erreichen, wird sich dadurch vervielfachen. Nationale Klimapolitik ist deshalb per se Gift für den Klimaschutz. Gänzlich unbrauchbar, um nicht zu sagen schädlich, wird sie, wenn sie so betrieben werden soll, wie es im „Klimaplan 2050“ steht. Kurz gesagt sieht dieser Plan vor, das EU-Klimaziel, das darin besteht, bis 2030 die CO₂-Emissionen um 40 Prozent zu senken, national zu übertreffen und bis 2050 55 Prozent einzusparen. Erreicht werden soll das ausschließlich durch den Ausbau der erneuerbaren Energien (Wind und Solar) und eine weitgehende Elektrifizierung aller Sektoren. Bis 2050 soll dann die Stromerzeugung komplett von den Erneuerbaren übernommen werden.

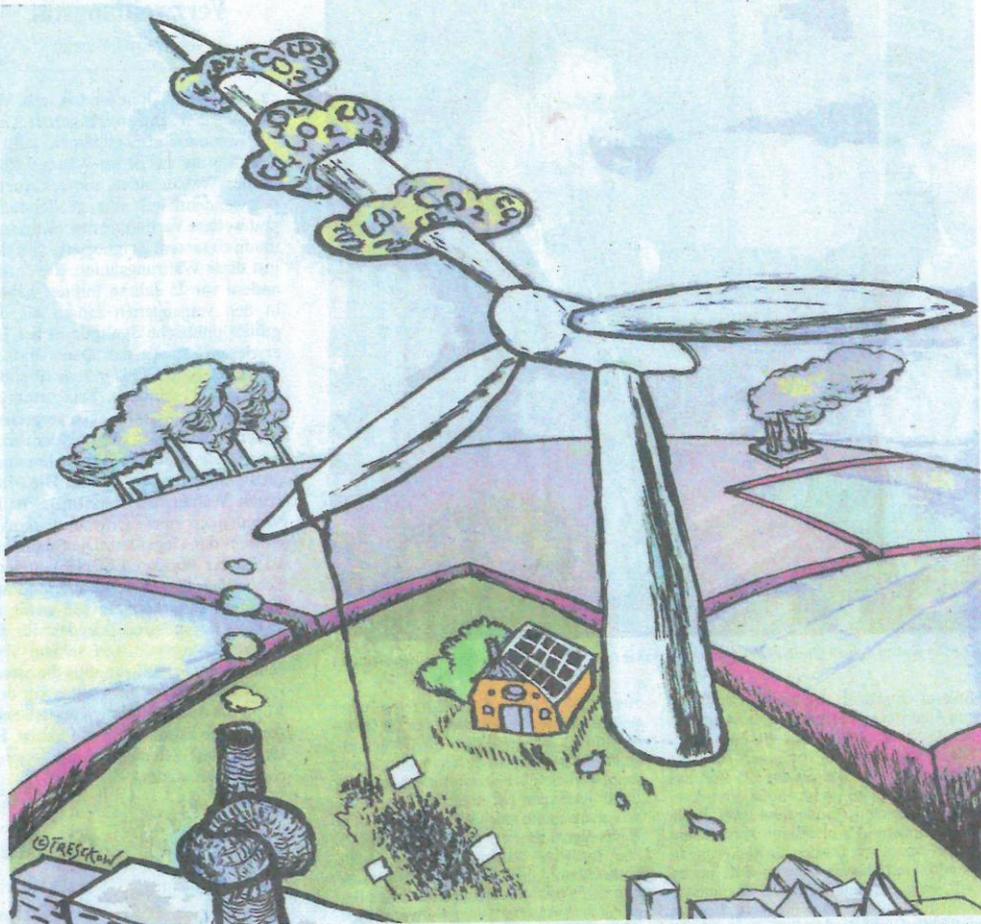


Illustration Peter von Tresckow

Was würde es für den Klimaschutz bedeuten, wenn diese Ziele tatsächlich verwirklicht würden? Quantitativ vermutlich überhaupt nichts, denn es ist zu erwarten, dass sich das europäische Klimaziel nicht den Vorstellungen der Deutschen anpassen wird. Die CO₂-Vermeidung, die in Deutschland früher stattfindet, wird deshalb in den anderen europäischen Ländern später stattfinden. Der europäische Emissionshandel, der eigentlich dafür gedacht ist, die Kostenunterschiede zwischen den europäischen Ländern auszunutzen, wird diesen Effekt befördern. Denn für die Emissionsrechte wird eine Gesamtmenge festgelegt. Zertifikate, die Deutschland nicht mehr braucht, wenn es den Klimaplan 2050 umsetzt, werden dann in den anderen Ländern genutzt. Europa wird zwar nicht mehr CO₂ vermeiden als ohne deutschen Alleingang, aber zu höheren Kosten. Da diese Kosten allein von den Deutschen getragen werden, wird sich darüber niemand in Europa aufregen.

Aber ist es realistisch, dass die im Plan formulierten Ziele umgesetzt werden? Wer sich die Mühe macht nachzusehen, was wir mit Wind- und Sonnenenergie bisher erreicht haben, wird sich verwundert die Augen reiben. Gerade einmal 3,3 Prozent des Primärenergiebedarfs wird

durch diese Erneuerbaren gedeckt. Grund dafür ist die sehr niedrige Energiedichte der Anlagen. Um aus Windstrom grundlastfähigen Strom zu machen, kommt man nicht darum herum, Speicher zu bauen. Berücksichtigt man den Energieverlust, der bei der Speicherung entsteht, und beachtet, dass Windkraftanlagen ohnehin nur 1500 von 8760 Stunden im Jahr (17 Prozent) Vollast bringen, zeigt sich, dass nur maximal 10 Prozent der Nennleistung einer Windkraftanlage tatsächlich dauerhaft nutzbar sind. Man kann leicht überschlagen, welche Kapazitäten für die Windstromerzeugung, die Speicherung (Power to X) und die Rückgewinnung des Stroms aus dem Speichermedium notwendig sind, um allein die Atomkraftwerke zu ersetzen, die wir demnächst stilllegen werden. Die gerade von der Bundesregierung beschlossenen Ausbaueile für die Windkraft werden nicht ausreichen, allein das zu schaffen – ganz zu schweigen von einer Dekarbonisierung der Energiegewinnung.

Aber nicht nur technische Grenzen machen den Plan unglaubwürdig. Ökonomisch wäre seine Umsetzung mit einem massiven Anstieg der ohnehin hohen Energiepreise in Deutschland verbunden. Die gerade beschlossene Umstellung auf ein Ausschreibungsverfahren wird den

Preisanstieg reduzieren, aber nicht aufhalten. Neben den ökonomischen Problemen werden auch die ökologischen Folgen der Erneuerbaren immer sichtbarer. Gegenwärtig existieren bereits mehr als 600 Bürgerinitiativen, die gegen den weiteren Ausbau der Windenergie an Land kämpfen. Sollte der Ausbau wirklich in dem Maße durchgeführt werden, wie es der Klimaplan vorsieht, würde der Widerstand vermutlich sehr stark steigen.

Die Alternative zu einem Plan, der weder realistisch noch vernünftig ist, besteht darin, einerseits den europäischen Emissionshandel konsequent auszubauen und andererseits massiv in die Erforschung neuer Energietechniken zu investieren. Alle vorhandenen Technologien zur Energiegewinnung weisen gravierende Mängel auf. Sie sind zu unsicher, emittieren CO₂ oder sind nicht leistungsfähig genug. Ohne die Entwicklung neuer Technik wird es schwer, den Klimawandel zu stoppen. Atomkraftwerke der vierten Generation, neue Methoden der Treibstoffgewinnung aus Pflanzen und Fusionstechnologie sind einige Ansätze von vielen möglichen, über die intensiver geforscht werden müsste. Nur davon ist im Klimaschutzplan 2050 keine Rede.

Prof. Dr. Joachim Weimann forscht unter anderem zur Umweltökonomie und lehrt VWL an der Universität Magdeburg.